

Antrag

der Abgeordneten Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Hans-Joachim Hacker, Gustav Herzog, Johannes Kahrs, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Angekündigte Mittelkürzung beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zurücknehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Mittel für die Förderprogramme der KfW Bankengruppe „Energetisch Bauen“ und „Energetisch Sanieren“ deutlich zu reduzieren. Mit der bereits im Haushaltsansatz 2010 für das Jahr 2011 vorgesehenen Halbierung der Mittel gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr bedeutet die geplante Kürzung, dass im kommenden Jahr nur noch ein Bruchteil zur Verfügung stehen würde.

Damit konterkariert die Bundesregierung nationale und internationale Zielsetzungen zum Klimaschutz. Gerade die Vielschichtigkeit der Programme des energetischen Sanierens und Bauens haben zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung klimapolitischer Ziele in Deutschland ermöglicht. Vor dem Hintergrund, dass 40 Prozent der CO₂-Emissionen dem Gebäudebestand zuzurechnen sind und die Programme zum energetischen Sanieren erfolgreich angewendet werden, sind hier große Einsparungen zur CO₂-Reduzierung zu erzielen. Fachleute schätzen den Finanzierungsbedarf für die nötige Sanierungsrate zum Erreichen der Klimaschutzziele auf 5 Mrd. Euro pro Jahr.

Ebenso tiefgreifend sind die Auswirkungen für Beschäftigung im Handwerk und Mittelstand. Nach Untersuchungen zu den Beschäftigungseffekten des CO₂-Gebäudesanierungsprogrammes durch das Bremer Energie Institut im Auftrag der KfW Bankengruppe wurde festgestellt, dass 1 Mrd. Euro Investition zur Sicherung von gut 20 000 Vollzeit Arbeitsplätzen pro Jahr führt.

Von dieser 1 Mrd. Euro Investition fließen 550 Mio. Euro über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in die öffentlichen Kassen zurück. Hinzu kommen Multiplikatoreffekte, die ebenso einberechnet werden müssen.

So zieht im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die staatliche Bezuschussung private Investitionsmittel im Verhältnis 1 Mrd. zu 5 Mrd. Euro nach sich. Es wird brachliegendes Kapital aktiviert, was von hohem Wert für die Volkswirtschaft in Deutschland ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, angekündigten Mittelkürzungen im Bereich der CO₂-Gebäudesanierung zu unterlassen, um auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele und zur Förderung der Konjunktur in Deutschland zu leisten;
2. die Mittel für die CO₂-Gebäudesanierung auf hohem Niveau zu verstetigen, um Planungssicherheit für die betroffenen Wirtschaftszweige herzustellen und den Klimaschutzziele der Bundesregierung und der EU gerecht zu werden;
3. die Evaluation der Energieeinsparverordnung 2009 vorzunehmen, um einerseits eine Bestandsaufnahme über die bereits erzielten energetischen Verbesserungen zu erhalten, aber andererseits auch die praktische Umsetzung einschätzen zu können, um eventuell notwendige Verbesserungen vorzunehmen;
4. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sinnvoll mit anderen Förderprogrammen zu verknüpfen, um Synergieeffekte zu nutzen;
5. verbesserte, vereinfachte und verpflichtende Beratungen anzubieten, so dass die Umsetzung der energetischen Sanierung im Sinne des Klimaschutzes schnellstmöglich vorangebracht wird;
6. verbesserte Kontrollmechanismen einzuführen, um zukünftig Mitnahmeeffekte zu vermeiden;
7. das Programm stärker auf wirtschaftlich effiziente, sozial gebotene und klimapolitisch sinnvolle Maßnahmen zu fokussieren, zu denen insbesondere die energetische Sanierung von größeren Einheiten im Mietwohnungsbereich sowie Maßnahmen mit einem Quartiersbezug gehören.

Berlin, den 30. Juni 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion